

FORUM: Die Arbeit und ihre Zukunft

Barbara Riedmüller: Arbeit ohne Ende

Prof. Dr. Barbara Riedmüller, geb. 1945 in Mittenwald, Studium der Soziologie in München, lehrt Politische Wissenschaft an der FU Berlin.

Der große Traum der Vollbeschäftigung geht zu Ende, neue Träume sind nicht erlaubt oder werden von einer ökonomistischen Lohnnebenkosten-, Lohnkosten-Debatte in einer globalen Ökonomie und deren Zwängen überlagert. Zwar wissen alle beteiligten Akteure, dass sich der alte Zustand eines fortwährend expandierenden industriellen Sektors nicht wieder herstellen lässt, doch bleibt ihre Rhetorik im ewigen Appell an mehr Arbeitsplätze auf der einen Seite, an mehr Lohnzurückhaltung auf der anderen Seite stecken. Doch während sich Politik und Wirtschaft noch über Ursachen und Wirkung streiten, haben sich die soziale Wirklichkeit der Arbeit und mit ihr die Lebensverhältnisse der Menschen längst verändert. Die zahlenmäßige Zuspitzung der Arbeitslosigkeit hat nicht nur für die Betroffenen selbst die Folgen von Armut und Ausgrenzung bedeutet, sondern sie schafft auch für diejenigen, die einen Arbeitsplatz besitzen, ein Klima der Beunruhigung und Verunsicherung. Dies ist einerseits nachvollziehbar, weil beinahe kein Segment des Arbeitsmarktes sicher vor Veränderungen ist, die durch Rationalisierung, Fusionierung und neue Unternehmensstrategie sich vollziehen. Man denke nur an den öffentlichen Sektor, der unter dem Druck der Finanzlage „verschlankt“ wird oder an den profitstarken Banksektor, der seine Rationalisierungsreserven immer noch nicht voll ausgeschöpft hat. Andererseits zeigt eine Analyse der Arbeitslosendaten, dass die Gruppe der Langzeitarbeitslosen aus zum großen Teil niedrig qualifizierten Arbeitskräften besteht. Diese freigesetzten und geringqualifizierten Menschen markieren einen Wendepunkt industrieller Produktionsweise, die eben nicht mehr auf die massenhafte Anwendung von Arbeit an einem Standort beruht. Diese Menschen, die in Ost- und Westdeutschland ohne Perspektive sind, werden noch durch ein, wenn auch auf niedrigerem Niveau existierendes soziales Sicherungssystem aufgefangen. Aber für sie ist die Erwartung zusammengebrochen, dass Erwerbsarbeit in Form abhängiger vollzeitiger und das Leben bestimmender

Beschäftigung Wohlstand und soziale Sicherung garantiert. Damit ist auch ihr Glauben an soziale Gerechtigkeit verloren gegangen, denn dieser beruhte eben auf dem Grundsatz. Wer arbeitet, nimmt am Wohlstand und sozialer Sicherung teil. In Deutschland hat sich mehr als in anderen europäischen Ländern die Teilnahme am Arbeitsmarkt und Erwerbseinkommen als Zugang zu Gleichheit und Gerechtigkeit durchgesetzt, nicht nur, weil soziale Sicherung dem Muster abhängiger vollzeitiger Beschäftigung nachgebaut ist, sondern auch, weil die soziale Frage des 19. Jahrhunderts sich allein auf die „Arbeiterfrage“ und deren politische Lösung konzentriert hat. Dieses institutionelle Setting erweist sich heute einerseits als Blockade neuer Arbeitsformen, andererseits grenzt es diejenigen, die anders arbeiten, von der Teilhabe an den sozialen Leistungen aus. Diese institutionellen Arrangements waren eng verbunden mit dem Modell des „männlichen Ernährers“ und der davon abhängigen Familienform. Dies galt in Ostdeutschland zwar in anderer Weise, da die Frauenarbeit im Sozialismus erwünscht war, aber die hohe Erwerbsneigung ostdeutscher Frauen könnte auch mit dem niedrigen Lohnniveau und der Entwicklung des Dienstleistungssektors erklärt werden. In Deutschland hat sich infolge von Arbeitslosigkeit längst ein Milieu von Ausgegrenzten entwickelt, das alte kleinbürgerliche Ressentiments gegen die Empfänger von Sozialleistungen jenseits der Erwerbsarbeit belebt hat.

Die soziale und wirtschaftliche Entwicklung lässt nun jenen Typus von Lohnarbeit zurück, die mit der Industrialisierung erst hervorgebracht wurde und zu deren Wachstum beigetragen hat. Das heißt nicht, dass Industriearbeit nun ganz verschwindet, wie es in Reden über eine neue Dienstleistungsgesellschaft anklingt, aber sie wird technologisch intelligenter und in anderer Organisationsform stattfinden. Das Zeitalter des „Fordismus“ und vielleicht auch des „Taylorismus“ neigt sich zum Ende. Was tritt an die Stelle der Figur der alten Lohnarbeit? Die Wirklichkeit des Arbeitsmarktes bietet ein differenziertes Bild und entsprechend haben sich die Lebenslagen ausdifferenziert. Es haben sich Segmente deregulierter Arbeitsformen herausgebildet, die sich in einer wachsenden Gruppe geringfügig Beschäftigter, flexibler Beschäftigungsformen, Scheinselbständiger und Jobber darstellen lassen. Nicht alle Menschen, die in diesem Segment erwerbstätig sind, können als sozial benachteiligt bezeichnet werden, wenn z.B. Studenten betroffen sind, die zu einem späteren Zeitpunkt in einen traditionellen Beruf einsteigen. Aber auch in dieser Gruppe gibt es Verlierer, die nicht automatisch die soziale Position ihrer Eltern erreichen werden. Die Folgen dieser deregulierten Erwerbsformen kumulieren bei den traditionell benachteiligten Gruppen, den Frauen und den Ausländern. Die neuen deregulierten Arbeitsformen, auch die Teilzeitarbeit werden auf diese benachteiligten Gruppen verlagert und verlieren dadurch insgesamt ihr gesellschaftliches Konfliktpotential. Zu erwähnen ist, dass in den europäischen Ländern die wachsende Armut von Kindern beklagt wird, deren allein erziehende Mütter keinen Existenzlohn erreichen. Diese Proletarisierung findet auch im expandierenden Dienstleistungssektor statt. Das amerikanische Beispiel der Zunahme an Arbeits-

plätzen steht Pate für eine Arbeit am Rande des Existenzminimums. Vom Familienlohn kann keine Rede sein, d.h. Frauen und Männer müssen ihre Existenz gemeinsam erwirtschaften. Es ist daher völlig unrealistisch zu hoffen, man könne den Arbeitsmarkt durch die Verdrängung der Frauen entlasten, wie es die deutsche konservative Familienpolitik nahe legt. Obwohl es bisher gelungen ist, neue Beschäftigungsformen an die Ränder zu drücken und die Masse unqualifizierter Arbeitnehmer auszugrenzen, wäre es meiner Meinung nach falsch, vom Ende der Lohnarbeit und von einer neuen Ära sozialer Exklusion zu sprechen, wie es zum Beispiel in Frankreich geschieht. Auch bei deutschen Intellektuellen ist dieses Starren auf Prozesse sozialer Ausgrenzung und räumlicher Segregierung beliebt. Zwar gibt es ausgegrenzte Milieus, denen gleiche soziologische Merkmale wie ethnische Zugehörigkeit, Wohnort, Geschlecht und Alter zugeschrieben werden können, aber es entsteht auch eine neue Vielfalt ungleicher sozialer Biographien von Gewinnern und Verlierern, die quer durch alle soziale Gruppen und Milieus verlaufen. Diese neue Ungleichheit hängt sicher vom Bildungsniveau, aber auch von individuellen Chancen oder Risiken, die durch externe Faktoren gesteuert sind, ab. Das Management, das eine Fusion überlebt oder nicht überlebt, lässt sich nicht entlang formaler Qualifikation identifizieren.

Natürlich ist die Problematik der sozialen Integration ausgegrenzter Milieus und der damit verbundenen politischen Konflikte in diesem Ausmaß eine große sozialpolitische und gesellschaftspolitische Herausforderung, nicht nur, weil sie soziale Kosten produziert bzw. den sozialen Frieden gefährdet, der im Konsens über Erwerbsarbeit als Basis ökonomischer und sozialer Sicherheit begründet lag, sondern auch, weil die Ausgrenzung derjenigen, die nicht im Segment sicherer Erwerbsarbeit leben, dieses Segment selbst infrage stellt. Am deutlichsten wird dies im Falle der Jugendarbeitslosigkeit, in dem die Chance einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz zu erhalten, vom Bildungsniveau abhängt, aber eben nicht nur davon. Geht man davon aus, dass alle Bereiche der Erwerbsarbeit von Modernisierung und Unsicherheit betroffen sind, dass Gewissheitserwartungen sinken und Erwerbsbiographien von Brüchen gezeichnet sind, dann zeigt sich deutlich, dass ein Abschied von alten Leitbildern, sozialpolitischen Garantien und Prinzipien organisierter Interessen von Nöten ist. Bekanntlich fällt es schwer, institutionelle Engagements aufzugeben und in eine unsichere Zukunft zu gehen. Zumal dann, wenn eine Rückkehr unmöglich ist, und die wirtschaftlich stärkeren Interessen die Chance für ihre Durchsetzung nutzen. Aber kann es erfolgreich sein, Bekanntes zu verteidigen, wenn sich unbekanntes Terrain immer breiter macht, das alte eine privilegierte Insel bildet?

Diejenigen, die die Zukunft zu kennen glauben, haben ihre Rezepte bereits vorgelegt. Bezahlte Erwerbsarbeit wird weniger, nicht bezahlte Erwerbsarbeit (Familienarbeit, soziales und künstlerisches Engagement, Ehrenamt) soll eine Alternative sein, dies soll als Chance einer zivilen Gesellschaft genutzt werden. Arbeit soll gerechter verteilt werden, auch zwischen Männern und

Frauen, die Verkürzung der Wochen- und Lebensarbeit soll ein Instrument dazu sein. Niemand hat aber ein Konzept über die Regelung des Zugangs zu den jeweiligen Segmenten von Arbeit, Arbeitszeiten und Nichtarbeit vorgelegt. In den Ländern, in denen die Arbeitslosigkeit durch mehr Teilzeitarbeit gesenkt wurde, ging dies zu Lasten der Frauen: z.B. in Holland und in Dänemark. Vermutlich würde auch die Verteilung zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Beruf und Ehrenamt entlang traditioneller Ungleichheitslinien verlaufen. Gewiss, es gibt Frauen, die ihre individuelle Priorität in der Familienarbeit sehen, es gibt Menschen, denen unentgeltliches soziales und politisches Engagement für das Gemeinwesen wichtiger ist als ihre berufliche Karriere, es gibt auch Arbeitslose, die sich in einer Nische eingerichtet haben, sie alle können meines Erachtens deswegen nicht Modell stehen für einen neuen Arbeitsmarkt, weil sie sich dessen nur zufällig entziehen können, denn dieser ist nicht nach dem Muster individueller Ausstiegsoptionen geregelt, sondern, um es einfach zu sagen, am Gewinnstreben. Um dieses zu erzielen und um konkurrenzfähig gegen einseitige Nutzenoptimierung anderer zu sein, muss das Individuum mit mehr ausgestattet sein als mit guten Absichten und gemeinsinnigen Ideen. Im Übrigen gehört es zu den historischen Errungenschaften der Wohlstands- und Sicherheitsgesellschaft, dass die Teilhabe am Arbeitsmarkt auf beides zielt, auf Wohlstand und Sicherheit. In einer Gesellschaft, in der die Arbeits- und Leistungsethik zum universellen Wertehimmel gehört, muss auch begründet werden, ob ein Ausstieg oder Umstieg sozial akzeptiert ist. Lebens- und Überlebenskünstler, die zwischen Arbeit und Eigenarbeit und zwischen freier Zeit jonglieren, mag es geben und es besteht immer noch eine akzeptierte Sonderrolle für die Familienarbeit der Frau, allerdings haben die Frauen diesen Sonderstatus zunehmend verlassen. Ich sehe keine andere Leitidee, die den Zugang zum Arbeitsmarkt erfolgreicher regelt als das Engagement für maximalen Nutzen und Sicherheitsoptionen. Ich sehe auch keinen Trend zu einer freiwilligen Freizeit, dagegen spricht die Arbeitsbelastung einschließlich Überstunden derjenigen, die im noch sicheren Segment erwerbstätig sind und dieses auch verteidigen. Vieles deutet daher darauf hin, dass der eingeschlagene Weg die Modernisierungsfolgen entlang der gewohnten Ungleichheitslinien, wie Geschlecht und Ethnie, abwälzt, den Prozess sozialer Ausgrenzung mit all seiner Dramatik fortsetzt.

Will man diesen Prozess sozialer Ausgrenzung und Segmentierung entgegensteuern, dann müssen genau jene strukturellen Bedingungen, die den Ein- und Ausstieg aus dem Arbeitsmarkt steuern, mit der individuellen Option nach Wohlstand und Sicherheit verbunden werden. Dazu gehört der Abbau jener Schranken und Behinderungen, sich überhaupt flexibel verhalten zu können. Die Sozialpolitik müsste sich dann der Herausforderung „neuer Ungleichheit“ stellen. Das bedeutet an den Grundlagen der sozialen Sicherung zu rütteln, die einen bestimmten Typus von Erwerbsarbeit privilegiert hat, am hervorstechendsten ist dies in der Rentenversicherung. Die Einführung von Grundsicherungsselektionen gehört ebenso zu den Tabus der Akteure wie die Rückbesinnung auf den Wert

von erworbenen Qualifikationen und absolvierten Qualifikationszeiten als Sicherungselemente. Eine Strukturreform sozialer Sicherung müsste sich dem tatsächlichen Arbeitsmarktbiographien und deren gewünschten sozialen Kompensationen widmen und nicht imaginärer Erwerbsverläufe einer historischen Figur eines männlichen Ernährers. Es geht genau nicht darum, individuelle Nischen zwischen Eigenarbeit und Erwerbsarbeit zu legitimieren oder gar zum Vorbild zu machen, sondern darum, die individuelle Gestaltbarkeit von Berufsverläufen durch Qualifikation und Gestaltung individueller Freiheitsspielräume – und dies ist kein Begriff der Konservativen und der Liberalen – zu stärken. Das Stichwort Qualifikation ist von zentraler Bedeutung. Es klingt zynisch, angesichts der Perspektivlosigkeit freigesetzter Industriearbeit von einer Wissensgesellschaft zu sprechen. Wenn man damit meint, dass Wissen zu erwerben und zu erhalten die Chance zum Zugang am Arbeitsmarkt erhöht, dann müssen diese Chancen auch tatsächlich vorhanden sein. Eltern, die ihre Kinder bereits heute auf die besten Schulen schicken und deren Vertrauen in die staatliche Garantie von Chancengleichheit bereits rapide gesunken ist, haben diese Wirklichkeit längst gestaltet. Auch die Universitäten sind voll von jungen Menschen, die sich von Bildung eine Zukunft erwarten, wenn auch viele noch vom sozialen Status der Eltern abhängen, wissen sie doch, dass dieser immer weniger garantiert ist, dass immer mehr von ihnen selbst abhängt.

Angesichts einer neuen sozialen Ungleichheit, die jeden Einzelnen vor Unsicherheiten stellt, muss eine Öffnung in Richtung individueller Chancen stattfinden, müssen Gruppenprivilegien aufgegeben werden. Das beste Beispiel, wie individuelle Leistung verhindert wird, ist, wenn einer allein erziehenden Frau, die sozialhilfeabhängig ist, die Ausbildung und ein Kindergartenplatz verweigert wird und damit die Sozialhilfeabhängigkeit verlängert wird und ihr eines Tages dann gesagt wird: Nimm gefälligst einen niedrig qualifizierten, schlecht bezahlten Job an. Ausgrenzung in das Segment unqualifizierter niedrigbezahlter Arbeit wird mittels kostspieliger sozialpolitischer Leistungen vollzogen. Die Antwort auf einen differenzierten Arbeitsmarkt kann nur eine Sozialpolitik sein, die dieser neuen Differenzierung von Lebenslagen offener entgegentritt und damit individuelle Chancen und Optionen erhöht. Das heißt, sie muss tatsächlich an der Herstellung von Chancengleichheit orientiert sein.